



Vollgeldbefürworter: Falsche Diagnose

Der Verein Monetäre Modernisierung hat Anfangs 2012 unter dem Titel ›Die Vollgeldreform‹ eine Schrift herausgegeben, mit der sein Vorschlag für ein Geldschöpfungsmonopol der Nationalbank (›Vollgeld‹) theoretisch fundiert werden soll. Die darin publizierten Texte rücken in ihrer Analyse der Wirtschaftskrise die Finanzsphäre und – wenig erstaunlich – die Geldschöpfung ins Zentrum. Die Sphäre der Produktion interessiert nur rudimentär, die menschliche Arbeit und ihre Eigenschaft, Mehrwert zu produzieren, werden nicht erwähnt. Ausbeutungsverhältnisse werden nicht thematisiert, Verteilungsfragen nicht oder nur am Rande behandelt. Die Diagnosen bleiben technokratisch und ›keimfrei‹, das heisst unbefleckt von sozialen Fragen. Sie treiben die Mystifizierung des monetären Geschehens auf ein neues Niveau. Bezeichnend dafür ist der Einleitungssatz, mit dem der Artikel von Joseph Huber startet: ›Die moderne Wirtschaft beruht auf dem Finanzsystem, und dieses beruht auf der Geldordnung‹ (Huber, 2012).

Eine solche Sicht auf die Welt ermöglicht, Reformvorschläge zu machen, die radikal erscheinen, ohne sich jedoch mit den Gegensätzen zwischen Kapital und Arbeit beschäftigen zu müssen. Dank der behaupteten Radikalität wirken die Ansätze der Vollgeldreformer auch für viele links Engagierte attraktiv, die – zu Recht – umfassendere Eingriffe in die kapitalistische Wirtschaftsordnung fordern. Scheinbar hat der Ansatz noch einen weiteren Vorteil, können damit doch auch Leute erreicht werden, die sich nicht links positionieren wollen. Allerdings werden diese Ansätze auch sehr gerne von ganz Rechts übernommen, wenn es sich als nützlich oder nötig erweist, einen ›radikalen‹ Krisendiskurs zu führen, bei dem die soziale Frage zugunsten einer nationalistischen, fremdenfeindlichen oder gar rassistischen Sicht ausgeblendet werden kann. Doch die Vorschläge für eine Vollgeldreform gründen nicht nur auf einer falschen Diagnose, sie schlagen auch eine unwirksame Kur vor und tragen damit eher zur Verwirrung als zur Klärung bei.

Geldschöpfung bei der Kreditvergabe an Unternehmen: (K)ein Problem?

Beat Ringger

ist Zentralsekretär des vpod und geschäftsleitender Sekretär des Denknetzes.

Diese Aussage möchte ich im Folgenden anhand des Textes von Hans Christoph Binswanger, eme-



ritierter Professor für Volkswirtschaftslehre, in der erwähnten Schrift untermauern. In seiner Krisenanalyse sieht Binswanger als zentralen Faktor, dass die Geldschöpfung an keine Begrenzungen mehr gebunden ist, seit anfangs der 1970er-Jahre die letzten Elemente einer Anbindung der Geldmengen an Goldreserven fallen gelassen worden sind. Geld kann seither von den Nationalbanken in unbegrenzter Menge aus dem Nichts erschaffen (›geschöpft‹) werden. Das gängige Bild dafür ist das ›Anwerfen der Notenpresse‹: Dabei wird mehr neues Geld in Umlauf gebracht, als dem realen Wirtschaftswachstum entspricht (wobei heute natürlich nicht mehr in erster Linie Noten gedruckt werden, sondern die Menge des Buchgeldes erhöht wird).

Geld kann bei der Kreditvergabe aber auch von den privaten Geschäftsbanken geschöpft werden – und das wird von den Anhängern der Vollgeldreform nun zum Hauptproblem erklärt. Binswanger thematisiert in seinem Text fast ausschliesslich die Geldschöpfung bei der Kreditvergabe an Unternehmen und suggeriert damit, dass die Krise stark auf diese Form der Geldschöpfung zurückzuführen sei.¹ Doch damit begibt er sich ins Abseits. Es sind gerade nicht die Kredite an Unternehmen, die in die gegenwärtige Krise geführt haben. Unternehmenskredite sind doppelt gedeckt: Einerseits durch die Sicherheiten, die von der Bank eingefordert werden, andererseits durch die Renditeerwartungen, die gegeben sein müssen, damit eine Bank Kredite gewährt. Kredite an Unternehmen würden nur dann zum Problem, wenn die Banken bei der Vergabe zu hohe Risiken eingehen würden (was im Prinzip natürlich möglich ist). Eine solche Problemlage ist jedoch im aktuellen Krisenzyklus seit 2007 in keinem einzigen Land aufgetreten.

Dieser Umstand ist für den Charakter der Krise bedeutsam. Die Grossunternehmen haben in den letzten Jahrzehnten so hohe Profite erzielt, dass sie kaum mehr Kredite aufnehmen mussten. Gerade diese hohen Profite sind selbst ein zentrales Element der Krisendynamik. Der Wirtschaftswissenschaftler Werner Vontobel drückt dies mit dem Diktum »Zu hohe Unternehmensgewinne: Mutter aller Finanzkrisen« aus (Vontobel, 2011) und liefert eine Reihe von Zahlen: Im Jahr 2010 haben die Unternehmen in den USA einen Finanzierungsüberschuss von 527 Milliarden Dollar erzielt, im Vorjahr einen solchen von 657 Milliarden Dollar. Überschüsse weisen auch die deutschen Unternehmen auf, und zwar seit zehn Jahren. Dazu Vontobel schreibt: »Hier stimmt neben der Grössenordnung vor allem auch das Vorzeichen nicht. Normalerweise muss der Unternehmenssektor ein Finanzierungsdefizit aufweisen. Das heisst er müsste wenigstens einen Teil seiner Investitionen mit Fremdkapital finanzieren« (Vontobel, 2011). Eine Zunahme der Geldschöpfung



bei der Vergabe von Unternehmenskrediten hat also gerade nicht stattgefunden, weil die Kreditvergabe stagniert hat.

Mythos Geld

Nicht nur in der Frage der Geldschöpfung bei Unternehmenskrediten liegt Binswanger falsch. Der Irrtum wiederholt sich bei der Erklärung der Profite. Zu Recht fragt Binswanger, woher denn die Gesamtmasse der Unternehmensgewinne überhaupt stamme. Jeder einzelne Unternehmer kann natürlich besser arbeiten als seine Konkurrenten und so Extraprofite einheimsen. Doch erzielen alle Unternehmen zusammen ebenfalls Gewinne (haben also höhere Erträge als Kosten), und diese Profite müssen aus einer andern Quelle stammen als aus Konkurrenzvorteilen. Binswanger erklärt sie mit dem ständigen Zufluss an neu geschöpftem Geld. Er macht damit einen Nebeneffekt zur Ursache – etwa so, wie wenn man das Wachstum eines Kindes mit den grösseren Kleidern erklären würde, in die es hineinwachsen muss. Von einem bürgerlichen Ökonomen können wir nicht erwarten, dass er in Kategorien des Mehrwerts denkt, die Gewinne also mit der Fähigkeit der menschlichen Arbeitskraft erklärt, mehr Werte zu produzieren, als sie für ihre eigene Reproduktion benötigt. Doch Binswanger fällt mit seiner Darstellung noch hinter die gängigen volkswirtschaftlichen Lehrbücher zurück, die neben dem Kapital immerhin die Arbeit und den Boden als Produktionsfaktoren aufführen. Bei ihm ist in keiner Silbe von Arbeitsproduktivitäten oder Verteilungsfragen die Rede. Geld wird damit zum allumfassenden Mythos verklärt, das aus sich heraus Wachstum und Reichtum erzeugt.

Sinkende Investitionsquote

Der aktuelle Krisenzyklus lässt sich jedoch nicht verstehen, ohne die Wechselwirkungen von realer Produktion und Finanzsphäre zu untersuchen. Da ist zunächst die Frage der Reichtumsverteilung. Der Anteil der Gewinne an den monetären Wirtschaftsleistungen (BIP) ist zulasten der Löhne in den letzten 30 Jahren so stark gewachsen, dass die Nachfrage nach Konsumprodukten erheblich limitiert wurde, was die wirtschaftliche Entwicklung hemmte und weiterhin hemmt. Ebenso bedeutend ist, dass im gleichen Zeitraum nicht nur die Lohnquote, sondern auch die Investitionsquote (d.h. der Anteil der realen Investitionen am BIP) gesunken ist. Die Investitionen sind hinter den steigenden Profiten deutlich zurückgeblieben: Die Unternehmen setzen ihre Gewinne immer weniger produktiv ein und verwenden sie zu einem wachsenden Teil für Firmenkäufe oder für spekulative Finanzgeschäfte (der US-Au-



tomobilkonzern General Motors gilt als einer der 20 grössten Finanzmarkt-Akteure der Welt). Das ist ein Befund, der in allen ökonomischen Kreisen zu intensiven Debatten Anlass geben müsste, vom neoliberalen Mainstream jedoch fast vollständig verdrängt wird. Denn der Befund widerlegt eine Kernannahme liberaler Wirtschaftstheorie, nämlich dass private Gewinne die optimale Form darstellen, um gesellschaftlichen Reichtum zu platzieren (allozieren). Gemäss dieser Annahme sichern die von Renditeerwartungen gesteuerten Investitionen hohe Wohlstandsmehrung für alle: Die Ausrichtung auf höchstmögliche Renditen wird interpretiert als Ausrichtung auf ein hohes Interesse der Konsumierenden und damit auch auf den höchstmöglichen gesellschaftlichen Nutzen.

Um die Vorstellung der optimalen Mittelallokation durch die Unternehmen aufrechterhalten zu können, müssen die Verhältnisse eines idealen Marktgeschehens unterstellt werden. Die allseitig omnipräsenten Oligopole und Monopole werden deshalb ebenso ausgeblendet wie die höchst ungleiche Verteilung der Kaufkraft oder die Aufblähung der Finanzmärkte, die höhere spekulative Renditen versprechen als die sogenannte Realwirtschaft und letzterer damit Mittel streitig machen. Doch das Problem greift noch tiefer: In vielen gesellschaftlichen Bereichen sind keine oder keine hohen Renditen zu erzielen, obwohl gerade diese Bereiche für die Wohstandssicherung zentrale Bedeutung haben und an Bedeutung noch gewinnen (z.B. bezahlte und unbezahlte Care-Arbeiten wie die Kinderbetreuung, die Bildung, Basisinvestitionen für den ökologischen Umbau). Wohlstandsmehrung wird deshalb zunehmend über eine Erhöhung der Staatsquoten erzielt – gerade das ist den Kapitaleignern aber ein Dorn im Auge (siehe dazu Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie, 2010).

Tatsächlich ist in den letzten Jahren das Volumen der Finanzvermögen weitaus rascher gewachsen als das Wirtschaftsprodukt (Huffschmid 2010). Am Ursprung standen die zunehmenden Profitraten bei abnehmenden Investitionsraten, die dieses Wachstum angestossen haben. Die überschüssigen Profite wurden unter anderem in Finanztiteln angelegt. Die parallel erfolgte Deregulierung der Finanzmärkte hat zudem zu einer spekulativen Eigendynamik geführt, in deren Zug die Vielzahl und das Volumen der Finanztitel (Aktien, Obligationen, Optionen, Derivate) regelrecht explodiert sind. Doch alle diese Finanzvermögen können ihren Preis nur dann halten, wenn sie auf Renditeerwartungen basieren. Renditen benötigen letztlich aber eine reale Basis, auch wenn es zwischenzeitlich so erscheinen mag, als habe sich die spekulative Welt der Finanzmärkte von der Realwirtschaft abgekoppelt. Schliesslich und end-



lich muss aber irgendwo auf der Welt irgendwer profitable Arbeit verrichten, damit Gewinne erzielt werden können.

Finanzvermögen sind jedoch in den letzten Jahren zehn Mal schneller gewachsen als die Wirtschaftsleistung; diese Überhänge müssen früher oder später abgebaut werden. Der Abbau solch aufgeblähter Finanzvermögen wäre eigentlich eine der zentralen ›Funktionen‹ einer kapitalistischen Wirtschaftskrise. Doch hat das schiere Volumen der Finanzvermögen dazu geführt, dass die Banken und Grosskonzerne ›too big to fail‹ geworden sind: Brechen sie zusammen, sind die Folgen nicht mehr absehbar, und es droht ein katastrophaler Niedergang wie in den Jahren 1929 bis 1934. Um dies abzuwenden, haben die Regierungen mit Steuermitteln die Banken und die Grosskonzerne vor dem Kollaps gerettet. Interveniert haben auch die Nationalbanken, indem sie Geld in grossem Massstab geschöpft haben, um beispielweise von einer UBS die maroden Finanztitel zu übernehmen oder um die Finanzmärkte liquid zu halten. Allein im Winter 2011/2012 hat die Europäische Zentralbank EZB in einer Sonderrunde rund 1000 Milliarden (!) Euro an Geschäftsbanken zu äusserst günstigen Bedingungen ausgeliehen (1 Prozent Zins bei 3 Jahren Laufzeit). Ein guter Teil dieser Gelder wird von den Geschäftsbanken (z.B. in Italien) nun dafür verwendet, Staatspapiere mit Zinsen von 5,6 Prozent oder mehr zu erwerben. Die Zinsdifferenz streichen die Banken als Gewinn ein. Dieser Gewinn muss aus Steuermitteln finanziert werden – während gleichzeitig die Bevölkerung vieler europäischer Länder mit einschneidenden Sparprogrammen konfrontiert wird. In dieser Konstellation ist auch nicht ansatzweise zu erkennen, welche Vorteile ein Geldschöpfungsmonopol der Zentralbanken der breiten Bevölkerungsmehrheit bringen soll, solange die Politik eben dieser Zentralbanken auf die Interessen der grossen Kapitaleigner ausgerichtet bleibt.



Anmerkung

- 1 Die Geldschöpfung bei der Vergabe von Hypothekarkrediten war und ist im Gegensatz zu den Unternehmenskrediten tatsächlich ein Element des gegenwärtigen Krisenzyklus: Mangelnde Anforderungen an die Risikobegrenzung seitens der HypothekarbezüglerInnen, vor allem aber spekulativ steigende Immobilienpreise haben in einigen Ländern (USA, Spanien, England) wesentlich zur Krisendynamik beigetragen.

Literatur

- Binswanger, Hans Christoph (2012): Finanz- und Umweltkrise sind ohne Währungs- und Geldreform nicht lösbar. In: Verein Monetäre Modernisierung (Hrsg). Die Vollgeldreform. Solothurn.
- Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie (2010): Die Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion. In: Denknetz-Jahrbuch 2010. Zürich.
- Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie (2010): Zur ›Too big to fail‹-Problematik: Finanzdienste als Service public. In: Denknetz-Jahrbuch 2010. Zürich.
- Huber, Joseph Huber (2012): Finanzreformen und Geldreform – Rückbesinnung auf die monetären Grundlagen der Finanzwirtschaft. In: Verein Monetäre Modernisierung (Hrsg): Die Vollgeldreform. Solothurn.
- Vontobel, Werner (2011): Die Mutter aller Finanzkrisen: Zu hohe Unternehmensgewinne. In: Hans Baumann/Beat Ringger (Hrsg.): Richtig Steuern. Zürich.